

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 12 – Endlagerstätten für radioaktive Abfälle

Dazu sagt der energiepolitische Sprecher
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,

Detlef Matthiessen:

Eine Million Jahre....

**Fraktion im Landtag
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Durchwahl: 0431/988-1503

Zentrale: 0431/988-1500

Telefax: 0431/988-1501

Mobil: 0172/541 83 53

E-Mail: presse@gruene.ltsh.de

Internet: www.gruene-landtag-sh.de

Nr. 199.04 / 27.05.2004

Ich danke an dieser Stelle zunächst der Landesregierung und den MitarbeiterInnen der Verwaltung für diesen sauber abgearbeiteten Bericht in Beantwortung der Großen Anfrage. Er ist gut lesbar, enthält alle wichtigen Informationen und unterstreicht einmal mehr das hohe Niveau der Reaktoraufsicht in Schleswig-Holstein.

In den Grundannahmen des Arbeitskreises Endlager (AKEnd) der Bundesregierung wird ein Isolationszeitraum von einer Million Jahren für erforderlich gehalten. Wie kommt es zu dieser Annahme?

Das hat im wesentlichen physikalische Gründe: Plutonium kommt in der Natur nur in sehr geringen Mengen in Uranerzen vor. Das silberweiße Schwermetall gehört zu den giftigsten Stoffen, die die Welt kennt. Durch den radioaktiven Prozess in Atomkraftwerken entsteht Plutonium, das natürlicherweise nicht vorkommt. Wenn wir von Brennstoff für Kernreaktoren reden, handelt es sich um das Isotop 239. Es kann auch zur Herstellung von Atombomben verwendet werden. Das Plutoniumisotop 239 mit einer Halbwertszeit von 24.360 Jahren wird in sehr großen Mengen erzeugt. Mit den bereits erzeugten und noch in Zukunft hinzukommenden Mengen lässt sich die Menschheit um ein Vielfaches ausrotten.

Nicht ohne Grund wurde die Benennung des 1941 entdeckten Stoffes aus dem Griechischen abgeleitet; nach dem griechischen Gott der Unterwelt *Pluton*.

Aus der sehr langen Zerfallszeit ergibt sich der sehr lange Zeitraum zur Isolation aus der Biosphäre. Es kann sein, dass ein sogenannter sicherer Einschluss und damit verbunden eine Endlagerung technisch einigermaßen machbar ist. Das Material bleibt allerdings zugänglich. Und das muss er auch. Der radioaktive Abfall muss gekühlt werden, die Behälter, in denen aufbewahrt wird, müssen technisch ertüchtigt werden und durch Revisionen periodisch geprüft werden.

Gleichzeitig müssen die Gesellschaft und der Staat der Zukunft, die gezwungen sind, diese Hinterlassenschaft von zwei oder drei Generationen auf ewige Zeiten zu bewachen und zu kontrollieren, politisch stabil sein.

1/2

Dies ist für mich nicht vorstellbar. Nicht für einen Zeitraum von einer Million Jahren. Nicht für einen Zeitraum von 100.000, Nicht für einen Zeitraum von 10.000, Nicht für einen Zeitraum von 1000 Jahren.

Es ist keine sechzig Jahre her, dass unser Land eine Diktatur des Naziregimes durchlitten hat. Hitler hat intensiv versucht, mit einer Wunderwaffe doch noch den „Endsieg“ zu schaffen. Generalsekretär Putin redet dieser Tage davon, dass Russland jetzt neue Atomwaffen braucht, um nicht erpressbar zu werden. In Hamburg ist ein durchgeknallter Amtsrichter mit 18 Prozent gewählt worden. In Amerika fühlt sich der Präsident von Gott beauftragt, in den Irak einzumarschieren. Das alles unserer Zeit, die wir überschauen können.

Das Atomprogramm zur sogenannten friedlichen Nutzung der Kernenergie ist einer der größten Fehler, die gemacht wurden. Man hat neben dem hohen Risiko atomarer Unfälle vor allem das Problem der Endlagerung schlicht ignoriert.

So reicht zur Erlangung der Betriebserlaubnis für ein Atomkraftwerk der Nachweis einer sogenannten Entsorgungsvorsorge für sechs Jahre, in der Erwartung, dass sich das Endlagerproblem in kurzer Zeit lösen werde.

Wir reden ja heute von Entsorgung. Beim Abfallwirtschaftsplan und auch bei radioaktiven Abfällen. Wissen Sie, wie dieser Begriff entstanden ist? Es entstand Anfang der 80er Jahre. Im Konflikt um das Erkundungsprojekt Gorleben war von einem Lager für radioaktive Abfälle die Rede, die Anti-AKW Bewegung redete schlicht vom Atomklo der Republik. In dieser hochkonfliktreichen politischen Situation beauftragte die Atomindustrie eine Werbeagentur und es wurde der Begriff „Entsorgungspark“ kreiert.

Zu den Inhalten des Berichtes der Landesregierung möchte ich soviel sagen: Die Arbeit des AKEnd ist vernünftig. Die Arbeit wird sehr transparent durchgeführt. Die Ergebnisse, die bisher vorliegen, sind in der Sache nachvollziehbar. Es geht um geologische Voraussetzungen und Grundlagen der Umsetzung. Die Erkundung, Planung, Feststellung und Errichtung sollten ohne zeitlichen Verzug angegangen werden. Insofern teilt meine Fraktion die Stellungnahme der Landesregierung hierzu in allen Punkten.

Es zieht sich wie ein roter Faden durch die Große Anfrage: Immer wieder wird auf die Zuständigkeiten hingewiesen: Der Bund ist zuständig, während der Fragesteller eigentlich gerne die Landesregierung vorführen möchte. Ich sage noch mal: Die Reaktorsicherheit in Schleswig-Holstein arbeitet vorbildlich und auf dem denkbar höchsten fachlichen Niveau.

Kommen wir zum Schluss: Genauso utopisch wie die Annahme, man könne über sehr lange Zeiträume von politisch stabilen Verhältnissen ausgehen, ist mein Vorschlag zur Lösung des Problems:

Wir ändern die Verfassung. In einem Bundesland erhält die CDU das Recht auf ewige Zeiten zu regieren ohne sich ständig lästigen Wahlen aussetzen zu müssen. In diesem Bundesland wird das Endlager für radioaktive Abfälle gebaut. In diesem Bundesland werden alle Atomkraftwerke, Anreicherungsanlagen, Zwischenlager, Interimslager, Konditionierungsanlagen, Castoren usw. aus der ganzen Republik konzentriert und dann sollen sie glücklich werden mit dem Atomscheiß.
